

OBEREICHENBACHER ERKLÄRUNG

Die unterzeichnenden Bürgerinnen und Bürger des Ansbacher Stadtteils Obereichenbach erklären:

Wir Obereichenbacherinnen und Obereichenbacher haben während des gesamten Jahres 2009 eine erhebliche Einschränkung unserer Lebens- und Wohnqualität durch den massiven Fluglärm der in Katterbach stationierten US-Militärhubschrauber erleiden müssen. Vielen von uns war es dadurch unmöglich, unsere Nachtruhe und unseren Feierabend genießen zu können. Die Dauerbelastung führt dazu, dass einige sogar überlegen, ihr Haus zu verkaufen.

Wir danken dem Ansbacher Stadtrat, der sich unserer Situation am 26.05.09 endlich ernsthaft angenommen hat, indem er einstimmig beschloss, auf ein Nachtflugverbot für Katterbach und auf ein Überflugsverbot aller Wohngebiete hinzuwirken. Mit Schreiben vom 14.11.09 hat Ministerpräsident Seehofer der Ansbacher Stadtspitze gegenüber schriftlich erklärt, dass der Beschluss des Ansbacher Stadtrates nicht unterstützt werde.

Stattdessen werden wir Leidtragende des Lärms damit getröstet, dass die US-Hubschrauber kommendes Jahr im Kriegseinsatz im Irak und Afghanistan sind. Wir wissen, dass nach ihrer Rückkehr der Krach und der Ärger unvermindert weiter geht. Die US-Hubschrauber sind überdies Klimakiller: Ein einziger Helikopter verbraucht in einer einzigen Stunde 1.600 Liter JP-8. Dabei bläst er soviel Feinstaub in unsere Luft wie ein PKW auf 40.000 km.

Die nicht-öffentlichen Sitzungen von Lärmschutzkommission haben keinerlei Verbesserung für uns gebracht – im Gegenteil. Wir sind tief enttäuscht von einer Politik auf Landes- und Bundesebene, die das ungestörte Üben des Militärs über das Bürgerwohl stellt.

Wir Obereichenbacherinnen und Obereichenbacher möchten hiermit diesen politischen Entscheidungsträgern gegenüber dokumentieren, dass wir geschlossen für eine lebenswerte Heimat einstehen. Wir fordern mit Nachdruck Landes- und Bundespolitik auf, den Beschluss des Ansbacher Stadtrates umzusetzen. Nur so können wir zumindest ansatzweise vom Fluglärm entlastet werden.

Sollte keine Entlastung möglich sein, so sehen wir in Zukunft ein Nebeneinander von Bürgerschaft und Militär in Ansbach als schwierig an. Eine Hubschrauberbasis dieser Größe hat ohnehin in einer dicht besiedelten Region wie der Unsrigen nichts zu suchen. Die US-Armee hat zu Hause genügend Platz zum Üben.

Wir fordern die politischen Entscheidungsträger auf, mittel- und langfristig im Interesse der Lebensqualität und der Gesundheit der einheimischen Bevölkerung auf eine Schließung der Hubschrauberbasis Ansbach-Katterbach hinzuwirken.